

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den letzten zehn Jahren hat Lettland sein BIP pro Kopf deutlich vergrößert, ohne seine Treibhausgasemissionen zu erhöhen. Das Potenzial für einen weiteren Anstieg des Wohlstandes und damit der Emissionen ist weiterhin groß, da das lettische BIP pro Kopf unter 50 Prozent des EU-27-Durchschnittes liegt. Die Herausforderung besteht daher darin, einen Weg zu finden, der einen weiteren Anstieg des Lebensstandards ermöglicht, ohne mit einer Erhöhung der Emissionen einherzugehen.

EU und nationale Strategien können eine wichtige Rolle spielen, um diese notwendigen Verbesserungen zu beschleunigen. Die meisten der Industriesektoren mit vergleichsweise hohen Emissionen werden in verschiedenen Strategien, z. B. EU-ETS, und/oder in nationalen Klimastrategien erfasst. Gleichzeitig bieten diese Strategien nur geringe Impulse zur Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

Eine der Prioritäten der Europa-2020-Strategie im Zusammenhang mit dem Klimawandel und energetischer Nachhaltigkeit ist die Förderung derjenigen Wirtschaftssektoren, die wenig CO<sub>2</sub> produzieren. Dies wird unterstützt durch den „Fahrplan auf dem Weg zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß“. Lettland hat keine klare nationale Strategie, um diese Bewegung zu fördern und die öffentliche Unterstützung für eine Grüne Wirtschaft ist niedrig gemessen am europäischen Durchschnitt.



*Waldstück bei Cēsis im Gauja-Nationalpark. Da Lettland zur Hälfte mit Wald bedeckt ist, kann viel CO<sub>2</sub> absorbiert werden.*

Deutlich wird, dass Lettland dringende Herausforderungen unterschiedlicher Art zu bewältigen hat. Die Energie- und Klimastrategie muss so entwickelt werden, dass wirtschaftliches Wachstum vom Anstieg des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes entkoppelt wird. Die angedachten Grenzwerte sind nicht konsequent genug, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Unter Berücksichtigung aller Faktoren bedarf es eines Meinungsführers und einer durchdachten Strategie zur Entwicklung einer Gesellschaft mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und verbesserter Effizienz.

## MAZEDONIEN

*Anja Czymmeck*

### AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS FÜR MAZEDONIEN

Auch wenn in Mazedonien der globale Klimawandel und die Frage, inwieweit er auf menschliche Einflüsse zurückgeht, nicht zu den Kernthemen der politischen Agenda zählen, wird in der Öffentlichkeit die Realität steigender Temperaturen und schwankender Niederschläge durchaus aufgegriffen. In jüngster Zeit war der vergangene Winter von großer Trockenheit geprägt, ehe ihn ein rekordverdächtig niederschlagsreicher Frühling ablöste. Darüber hinaus wurden die verheerenden Folgen der extremen Regenfälle in Bosnien-Herzegowina und Serbien sehr intensiv

wahrgenommen. Nichtsdestotrotz nimmt der Klimawandel im Vergleich zu den offensichtlicheren sozialen und wirtschaftlichen Problemen sowie innen- und außenpolitischen Themen nur hintere Positionen in der öffentlichen Diskussion ein.

Für die ganze Balkanregion wird in den nächsten Jahrzehnten nach Berechnungen des IPCC ein Anstieg der Temperaturen in Verbindung mit sinkenden Niederschlagsmengen erwartet.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> | Universität Göteborg, „Macedonia – Environmental and Climate Change Policy Brief“, Final draft, 04.05.2009, S. 9.

Die Entwicklung ist jetzt schon spürbar. Bei Hitze- wellen in den vergangenen Sommern wurden Tem- peraturen bis über 45 Grad Celsius gemessen. Die steigenden Temperaturen lassen eine Zunahme von Dürren, Hitzefeuern, Erosion des fruchtbaren Bodens und auch Überflutungen erwarten. Dies wird insbeson- dere die schon jetzt kriselnde Landwirtschaft treffen.<sup>2</sup> Es sind nicht nur direkte Schäden durch die Wetter- veränderungen zu erwarten, auch wird der Wasser- bedarf durch die höheren Temperaturen zunehmen, während gleichzeitig die Wasserpreise wegen des voraussichtlich zurückgehenden Niederschlags steigen werden.

#### REGENERATIVE ENERGIEN GEGEN DIE ABHÄNGIGKEIT VOM AUSLAND?

Energieeffizienz und Energiepolitik haben in jüngster Zeit stärkeres politisches Gewicht erhalten, was sicherlich im Zusammenhang mit steigenden Ener- giepreisen steht, denen sich die mazedonische Bevölkerung ausgesetzt sieht. Dies folgt aus der Tatsache, dass Mazedonien seine Energie zu großem Teil importiert. Zwar verfügt das Land über Kohlevor- kommen, die auch gefördert werden, jedoch muss Mazedonien noch immer um die 40 Prozent seines Energiebedarfs durch Lieferungen aus dem Ausland bedienen.<sup>3</sup> Mazedonien setzt auf seinem Weg hin zu einer leistungsfähigen Wirtschaft nicht zuletzt auf den Ausbau seiner Industrie und ist deswegen auf eine stabile und ökonomische Energieversorgung ange- wiesen. Diese wird auch in Zukunft größtenteils auf fossilen Energiequellen beruhen. Bis 2020 plant das Land, 70 Prozent der Primärenergie aus fossilen Roh- stoffen herzustellen. 2030 sollen es dann immerhin noch 60 Prozent sein.

Die deutsche Energiewende wird in Mazedonien nur begrenzt als Vorbild genommen und dementsprechend auch nicht groß diskutiert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Mazedonien – anders als Deutschland – nicht über Atomkraftwerke verfügt und somit keine gesellschaftliche Debatte über einen Ausstieg aus der Kernkraft das Energiethema in den Fokus rücken könnte. Aber auch unabhängig vom deutschen Modell hat in den letzten Jahren eine vorsichtige Hinwendung zu erneuerbaren Energien und den mit ihnen ver- bundenen Möglichkeiten stattgefunden. Mittlerweile

gibt es beispielsweise sechs größere und eine Reihe kleinerer Anlagen zur Energiegewinnung durch Was- serkraft. Die durchaus vorhandenen Möglichkeiten zur Gewinnung von geothermischer Energie sind bisher noch kaum genutzt worden.<sup>4</sup> Von daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass mittelfristig der Ausbau von erneuerbaren Energien signifikant helfen kann, die Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland und die Verwendung fossiler Rohstoffe deutlich zu reduzieren. So ist zu bezweifeln, ob das offizielle Ziel einer Energieeinsparung von 21 Prozent bis 2020 erreicht wird. Ende 2013 wurde der Wind- kraftpark Bogdanci als erster seiner Art in Mazedo- nien errichtet. Er wurde durch Kredite der KfW-Bank finanziert und soll eine jährliche Produktion von 100 Gigawattstunden sicherstellen.<sup>5</sup>

#### STAATLICHE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ANSÄTZE

Aufgrund des häufig fehlenden Interesses für umwelt- politische Themen, kommt der internationalen Gemeinschaft eine tragende Rolle bei der Verbreitung eines Umweltbewusstseins in der Bevölkerung und der rechtlichen Umsetzung durch die Politik zu. In diesem Bereich konnten einige Erfolge verzeichnet werden. Nachdem es lange an einer perspektivischen Planung der Energiewirtschaft gemangelt hat und dies auch schon im ersten ENVIRONMENTAL PERFORMANCE REVIEW (EPR) der Vereinten Nationen für Mazedonien kritisch betont wurde, erließ die Regierung 2010 das *Strategiepapier für eine komplexe Energieentwicklung bis 2030* und das *Strategiepapier für eine verbesserte Energieeffizienz bis 2020*.<sup>6</sup> Diese Programme wurden aufeinander abgestimmt und sollen zusammen mit dem ebenfalls erlassenen Gesetz zu erneuerbaren Energiequellen<sup>7</sup> helfen, insbesondere in der Industrie für Einsparungen beim Energieverbrauch und für einen bewussten und ökonomischeren Einsatz von Energie zu sorgen. Durch das Gesetz zu erneuerbaren Ener- giequellen sollen Betreibern von Anlagen zur regene- rativen Energieerzeugung attraktive Einspeisepreise garantiert werden. Dadurch soll – neben den umwelt- politischen Gründen – auf einen schrittweisen Abbau der Abhängigkeit vom Ausland hingearbeitet werden.

2 | Weltbank, „Reducing the Vulnerability of FYR Macedonia's Agriculture to Climate Change“, Pressemitteilung, 05.12.2013, <http://worldbank.org/en/news/press-release/2013/12/05/reducing-vulnerability-of-macedonian-agriculture-to-climate-change> [28.07.2014].

3 | Republik Mazedonien, South East European Forum on Climate Change Adaption (SEEFCCA), „Climate Vulne- rability Assessment“, S. 32.

4 | Fn. 1, S. 5.

5 | „First components of Bogdanci wind park have arrived“, *Republika*, 13.11.2013, <http://english.republika.mk/?p=105547> [28.07.2014].

6 | VN, „United Nations Economic Commission for Europe Environmental Performance Reviews the Former Yugoslav Republic of Macedonia – Second Review – Synopsis“, New York und Genf, 2011.

7 | Fn. 1, S. 6.

Mazedonien gehörte auch zu den Unterzeichnern des Kyoto-Protokolls und der Rahmenkonvention der Vereinten Nationen zum Klimawandel. Der angestrebte Beitritt zur Europäischen Union dient auch hier als Antrieb zur Umsetzung der Vorgaben. Der Fortschrittsbericht der Europäischen Union 2013 attestierte Mazedonien die Übernahme vieler einschlägiger EU-Normen.<sup>8</sup> An deren Umsetzung fehlt es aber immer noch zu häufig, obwohl die notwendigen Strukturen schon größtenteils gelegt sind. So wurde beispielsweise bereits im Jahr 2000 ein Projektbüro Klimawandel im Umweltministerium eingerichtet, das die unterschiedlichen Ansätze zur Bekämpfung des Klimawandels auf nationaler Ebene koordinieren und als Schnittstelle zu internationalen Programmen fungieren soll. Außerdem besteht ein Nationales Klimawandelkomitee (NCCC), das sich aus Regierungsvertretern verantwortlicher Ministerien, wissenschaftlichen Forschungsanstalten, Nichtregierungsorganisationen und Angehörigen des privaten Sektors zusammensetzt. Ihm kommt eine beratende Funktion für alle staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu.

Zunehmend werden sinnvollerweise auch die kommunalen Behörden in den Dialog eingebunden, um eine partielle Dezentralisierung der Bemühungen zu erreichen. Diese kann aber nicht unkontrolliert geschehen, sondern muss durch entsprechende Schulungen der Verantwortlichen, eine regelmäßige Kontrolle und nicht zuletzt durch eine angemessene Finanzierung konstruktiv begleitet werden. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf.<sup>9</sup>

Doch auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gibt es inzwischen Ansätze und Bemühungen, einen nachhaltigen Umgang mit Rohstoffen voranzutreiben. Diese sind nicht selten international tätig, um eine größere Wirkung zu entfalten und das vorhandene Know-how optimal zu nutzen. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Öffentlicher Dialog über nachhaltiges Nutzen von Energie in Südosteuropa“. Es wurde von der School of Political Studies in Southeast Europe in Zusammenarbeit mit der GIZ und der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen.<sup>10</sup> Ziel soll es sein, zwischen kommunalen und staatlichen Behörden sowie der privaten Wirtschaft einen Dialog in Gang zu setzen bzw. aufrecht zu erhalten, der die maßgeblichen Akteure an

einen Tisch bringen soll, um auf diese Weise bestehende Hindernisse auszuräumen, Erfahrungen auszutauschen und auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung und Finanzierung der Programme hinzuweisen.

Ein breiteres gesellschaftliches Echo wird in der Regel aber allenfalls dann ausgelöst, wenn die Bevölkerung direkt – in Form von steigenden Preisen – von den Veränderungen betroffen ist. So kam es im Sommer 2012 zu monatelangen Protesten mit regelmäßig über 10.000 Teilnehmern, die unter anderem gegen steigende Energiekosten und das gleichzeitige Sinken des allgemeinen Lebensstandards demonstrierten.<sup>11</sup> Dieser Vorfall macht deutlich, dass in Mazedonien die Energiepolitik nicht von der sozialen Frage zu lösen und eine Veränderung der Preisstruktur schnell von existentieller Bedeutung ist.

Einen Spagat zwischen dieser Problematik und den notwendigen und auch international geforderten Reformen in diesem Bereich zu bewerkstelligen, ist eine der großen Aufgaben, mit denen sich die mazedonische Regierung und Öffentlichkeit in den nächsten Jahren konfrontiert sehen werden.

8 | Europäische Kommission, „The Former Yugoslav Republic of Macedonia 2013 Progress Report“, SWD(2013) 413 final, 16.10.2013, [http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2013/package/mk\\_rapport\\_2013.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/mk_rapport_2013.pdf) [28.07.2014].

9 | Fn. 6.

10 | „Boosting Energy: How Can Local Communities Contribute? – Public Dialogue of sustainable Energy in Southeast Europe“, Skopje, 11/2013.

11 | Ana Stojilovska und Sonja Zuber, „Energiearmut in Mazedonien“, Policy Brief, Konrad-Adenauer-Stiftung, 09.10.2013, S. 3, <http://kas.de/mazedonien/de/publications/35851> [28.07.2014].